

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

Die Weltlage hat sich die letzten Tage einmal mehr zugespitzt. Der Krieg im Iran und Nahen Osten löst Sorgen aus, zuallererst bei den direkt betroffenen Menschen in der Region - und auch bei den Touristen, die sich aktuell vor Ort befinden. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung Unterstützung für Rückkehrer angekündigt hat. Angesichts der möglichen Auswirkungen des Iran-Kriegs auf unsere Wirtschaft und die Energiepreise in Deutschland haben wir mit der SPD eine Taskforce der Koalitionsfraktionen eingerichtet. Die Federführung liegt bei den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sepp Müller und Armand Zorn. Dort werden die Lage analysiert, Handlungsoptionen geprüft und die Abstimmung mit der Bundesregierung gebündelt. Noch ist z.B. völlig offen, ob sich die Steigerung von Sprit- und Gaspreisen nur kurzfristig aus der Unsicherheit ergibt - oder ob es tatsächlich zu Engpässen und Langfrist-Folgen kommt. Das hängt nicht zuletzt vom weiteren Kriegsverlauf ab und u.a. von der Frage, wie schnell die Straße von Hormus wieder beschiffbar sein wird. Aktionistische Schnellschüsse der Opposition sind deshalb unseriös. Wir bleiben besonnen und bereiten uns vor.

Der iranische Führer Ali Khamenei stand für Terror, die Bedrohung Israels, für Gewalt gegen Nachbarn und das eigene Volk und die Unterstützung von Putins Krieg gegen Europa. Sein Tod eröffnet auch die Chance, die Unterdrückung zu beenden. Gleichzeitig birgt das militärische Vorgehen der USA und Israels natürlich Risiken. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass die Bundesregierung einmal mehr besonnen vorgeht und sich eng mit ihren europäischen Partnern abstimmt.

Der Zeitpunkt der Kanzler-Reise nach Washington könnte nicht passender gewählt sein. Friedrich Merz spricht mit Donald Trump auf Augenhöhe – selbstbewusst, europäisch verankert und mit klarem deutschem Interesse. Es geht dabei nicht nur um Sicherheitspolitik. Es geht auch um unsere wirtschaftliche Stärke. Wir sind eine Exportnation. Internationale Beziehungen sind für uns keine Nebensache – sie sind ein Standortfaktor. Eine starke deutsche Stimme in der Welt ist immer auch ein Wirtschaftsfaktor für Arbeitsplätze bei uns. Der Bundeskanzler setzt hier die richtigen Prioritäten.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Die neue Grundsicherung kommt

Wir schaffen das Bürgergeld ab, die neue Grundsicherung kommt - ein zentrales Wahlversprechen der Union. Wir wollen diejenigen, die arbeiten können, dauerhaft in Beschäftigung bringen. Künftig hat die Vermittlung eines Arbeitsplatzes wieder Priorität. Wer

Termine bei der Jobvermittlung nicht einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, erhält keine Leistungen. Härtefälle berücksichtigen wir. Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ tritt so wieder in den Vordergrund: Wir fördern Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit und fordern die aktive Mitwirkung desjenigen ein, der staatliche Unterstützung erhält. Den Jobcentern werden dafür wirksamere Instrumente an die Hand gegeben. Zugleich sollen sie Menschen noch besser auf dem Weg in Arbeit unterstützen. Dazu wird unter anderem der Zugang zur Förderung der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen erweitert und Jobcenter bekommen mehr finanzielle Spielräume für Förderleistungen. Jobcenter erhalten darüber hinaus wirksamere Instrumente zur Bekämpfung des Sozialleistungsmissbrauchs.

Der Wolf kommt ins Jagdrecht.

Mit der 2./3. Lesung zur Änderung des Bundesjagdgesetzes wird der Wolf noch vor Beginn der diesjährigen Weidesaison ins Jagdrecht aufgenommen. Dies ist ein weiterer Meilenstein unserer Landwirtschaftspolitik. Bei günstigem Erhaltungszustand des Wolfes können die Bestände aktiv bejagt werden. Weidegebiete wie Almwiesen oder Deiche können zukünftig vor Bedrohungen durch Wölfe geschützt werden. Sogenannte Problemwölfe können künftig leichter entnommen werden. Damit schaffen wir einen realistischen Ausgleich zwischen Artenschutz und dem Schutz unserer Weidetierhaltung.

Krankenhausreform

Mit dem Krankenhausreformenpassungsgesetz (in 2./3. Lesung) schließen wir eine der größten Krankenhausreformen seit Jahrzehnten ab. Dadurch ermöglichen wir im Zusammenspiel mit dem Krankenhaus-Transformationsfonds eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur. Unser Ziel ist eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und praxistaugliche Krankenhauslandschaft. Der Kompromiss kommt auch den Ländern in wichtigen Fragen entgegen. So erhalten diese beispielsweise mehr Zeit, Fachkrankenhäuser einer Versorgungsstufe zuzuordnen.

Fondsrisikobegrenzungsgesetz

Wir schließen das Fondsrisikobegrenzungsgesetz (in 2./3. Lesung) ab und setzen damit EU-Recht fristgerecht, aber minimalinvasiv um. Durch die 1:1-Umsetzung zusammen mit dem bereits beschlossenen Standortfördergesetz versetzen wir die deutsche Fondsbranche in die Lage, ihren Teil zur privaten Finanzierung der vor uns stehenden Herausforderungen beizutragen. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass es uns gelungen ist, zukünftig Rechtssicherheit bei der Änderung von Fondsanlagebedingungen zu schaffen. Damit verhindern wir, dass die Anleger bei jeder Änderung um explizite Zustimmung gebeten werden müssen. Hier war im Zuge eines BGH-Urteils erhebliche Rechtsunsicherheit entstanden.

Deutsch-britische Partnerschaft stärken

Wir ratifizieren in dieser Woche den Kensington-Vertrag (2./3. Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 17. Juli 2025

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Freundschaft und bilaterale Zusammenarbeit), ein bilaterales Abkommen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich, das unsere Zusammenarbeit nach dem Brexit in Sicherheit, Wirtschaft, Bildung und Innovation verbindlich neu ordnet. Damit unterstreichen wir die besondere Bedeutung der deutsch-britischen Beziehungen. Wir stärken unsere gemeinsame Sicherheit und schaffen konkrete Vorteile für Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für junge Menschen.

Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien

Mit der 2./3. Lesung wird das Gesetz zur Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien verabschiedet. Es sorgt für Rechtsklarstellungen im Rahmen der stufenweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung. Ziel ist, während der Schulferien neben Angeboten von Tageseinrichtungen, Schulen und deren Kooperationspartnern auch Angebote der Jugendarbeit eines öffentlichen Trägers oder eines anerkannten freien Trägers der Jugendhilfe als unmittelbar rechtsanspruchserfüllend anzuerkennen. Damit soll Ländern und Kommunen bei der Bereitstellung und Sicherstellung ausreichender rechtsanspruchserfüllender Angebote ein größerer Gestaltungsspielraum ermöglicht und gleichzeitig das Potenzial der Jugendarbeit in den Ferienzeiten ausgeschöpft werden.

Kabinettsitzung

Das Bundeskabinetts hat in dieser Woche den Gesetzentwurf zur Modernisierung des Designrechts beschlossen. Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der EU-Design-Richtlinie. Durch den Gesetzentwurf werden die verbindlichen Vorgaben der Richtlinie 1:1 in nationales Recht umgesetzt und die Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt effizienter und anmeldefreundlicher gestaltet.

Weitere Informationen zu den Kabinettsitzungen finden Sie [hier](#).

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Die neue Grundsicherung steht für Fairness. Sie unterstützt diejenigen, die Unterstützung brauchen und sie fordert diejenigen, die arbeiten können. Unser Grundsatz ist klar: Wer arbeiten kann, sollte arbeiten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber all denjenigen, die ihren Beitrag leisten.“

Alexander Hoffmann:

"Die Grünen greifen bei der Abschaffung des Heizungsgesetzes auf Stilmittel der Populisten zurück. Es wird den Menschen Angst gemacht, es werden Unwahrheiten behauptet und Fakten ignoriert. Wir beenden die grüne Bevormundung im Heizkeller und das ist es, was den Grünen so schwer im Magen liegt."

Wer sich zum Fraktionsbriefing anmelden oder abmelden möchte, kann sich gerne mit einer entsprechenden E-Mail an fraktionsbriefing@cducsu.de wenden.